

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 26.06.2019
Antragsnr.: 102/2019
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: V/50
mit Referat:

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 26.6.19

Dringlichkeitsantrag: Beitritt zum Bündnis "Städte sichere Häfen"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir stellen den Dringlichkeitsantrag zur Stadtratssitzung im Juni 2019:

Der Stadt Erlangen tritt dem Bündnis „Bündnis "Städte sichere Häfen" bei und unterzeichnet die "Potsdamer Erklärung (siehe Anlage)

Begründung:

Wir verweisen auf den angehängten offenen Brief der „Seebrücke“ an die BürgermeisterInnen (siehe Anlage)

Dass der Stadtrat sich zu diesem Thema zuständig fühlt und Beschlüsse fassen kann, hat er vor kurzem gezeigt.

Einige Städte der „Sicheren Häfen“ treten mit der „Potsdamer Erklärung“ im Vorfeld der 40. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages, die unter der Überschrift „Zusammenhalten in unseren Städten“ steht, an die Öffentlichkeit. In der „Potsdamer Erklärung“ heißt es u.a.: „Als ‚Städte Sicherer Häfen‘ fordern wir von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können. Wir fordern die Bundesregierung und den Bundesinnenminister auf, uns „Städte Sicherer Häfen“ bei der praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen.“ Erstunterzeichner dieser Erklärung sind die Städte: Flensburg, Greifswald, Hildesheim, Krefeld, Marburg, Potsdam, Rostock, Rottenburg am Neckar.

Zur Dringlichkeit:

Jeder Tag, an dem die Erklärung Erlangens zum sicheren Hafen nicht umgesetzt werden kann, weil höhere Behörden aus dem Reiche Seehofer dies blockieren, gefährdet Menschenleben im Mittelmeer.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)

Anton Salzbrunn
(Stadtrat)